

Familienpolitische Informationen

Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen

Sabrina Johann

Familienbezogene Arbeit in drei Landeskirchen

Forschungsergebnisse aus dem Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD

Kirche kommt ohne Familien nicht aus. Familien sind zentraler Bezugspunkt kirchlicher Arbeit, weil sie den entscheidenden Raum dafür bieten können, dass das Religiöse tradiert wird und Glaube, religiöse Kommunikation und Haltung eingeübt werden – so könnte es sein; so sollte es sein.

Die Frage ist, ob viele Bereiche der Kirche diese Angewiesenheit auf Familien in den letzten Jahren zuweilen aus dem Blick verloren haben.

Offensichtlich ist, dass die Strukturen im kirchlichen Arbeitsfeld Familie vielfältig sind. Familie dockt als Querschnittsthema an vielen Punkten an. Wie dies genau aussieht, das ist wenig untersucht, erst recht nicht vergleichend dargestellt worden. Diesem Themenfeld widmet sich die Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD (SI), die die Verfasserin im Rahmen der Fachtagung „Familien stärken in evangelischer Perspektive“ Anfang Februar in Eisenach vorgestellt hat. Zentrale Fragen waren: Welche Akteure sind vor Ort aktiv? Wie nehmen sie sich wahr? Wie arbeiten sie zusammen? Und wo gibt es Lücken? An welchen familienbezogenen Themen arbeiten die Landeskirchen aktuell und welche Ideen werden entwickelt, um Familien in evangelischer Perspektive zu stärken? Die Befragung fand in der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM), der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) und der Evangelischen Landeskirche in Württemberg (ELK-Wü) statt.

Hypothesen

→ Das Arbeitsfeld Familie ist durch viele unterschiedlich strukturierte Akteure bestimmt. Gleichzeitig ist die Versäulung stark ausgeprägt. Beides führt zur Unübersichtlichkeit und zuweilen zur geringen gegenseitigen Wahrnehmung der Akteure.

→ Eine differenzierte Betrachtung von Familien im Hinblick auf ihre vielfältigen Formen und ihre Bedürfnisse erfolgt nicht überall. Zudem gibt es diesbezüglich große Unterschiede zwischen Landeskirchen, Kirchenkreisen und Gemeinden.

→ Familienbezogene Arbeit ist überwiegend auf Familien mit kleinen Kindern ausgerichtet. Familien mit jugendlichen oder erwachsenen Kindern oder als Ort der Pflege werden nur selten gezielt in den Blick genommen.

Zur Überprüfung dieser Hypothesen haben wir mit Mitarbeitenden aus verschiedenen Bereichen der familienbezogenen Arbeit gesprochen:

Landeskirchliche Referentinnen und Referenten, Beauftragte aus Kirchenkreisen oder regionalen Diakonischen Werken wurden ebenso befragt wie Leitende von Familienzentren, Familien-Bildungsstätten, Mitarbeitende von Beratungsstellen, Vorstände oder Geschäftsführende der eaf. Strukturierete Interviews schlossen sich an und schließlich wurden je 15 Personen zu einer dreistündigen Fokus-Gruppendiskussion

In dieser Ausgabe lesen Sie:

Artikel

Sabrina Johann:

Familienbezogene Arbeit in drei Landeskirchen –
Forschungsergebnisse aus dem Sozialwissenschaftlichen
Institut der EKD.....1

Buchhinweise

Sabine Mundolf:

Nachhaltigkeit in der deutschen Familienpolitik.....4
Biographiemuster und Alterseinkommensperspektiven von
Frauen.....6

eingeladen. Diese wurde aufgezeichnet, transkribiert und ausgewertet.

Heterogenität

Feststellen lässt sich die Heterogenität des Arbeitsfeldes Familie in Bezug auf Trägerschaften, Rechtsformen, Finanzierungsmodelle und die strukturelle Verankerung. Besonders deutlich wird sie bei den Landesarbeitskreisen des Bundesverbandes der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf): Eingetragene Vereine finden sich ebenso wie unselbstständige landeskirchliche Werke. Mancherorts ist die Arbeit kaum finanziell gesichert, andernorts ist die Ausstattung gut. Die familienbezogene Arbeit als Querschnittsthema leidet per se unter vielen parallelen Zuständigkeiten. Die Arbeit mit Familien hat stets eine Bildungskomponente, ist eng verwoben mit der Gemeindeentwicklung, der Beratungsarbeit, der Migrationsarbeit und mit anderen Themen.

Zuweilen ist die innerkirchliche Kommunikation schwach ausgeprägt. Das belegt beispielhaft folgende Aussage einer Gemeindemitarbeiterin: „Was es alles gibt, erfahre ich ja als normaler Kirchenangehöriger gar nicht. Ich wundere mich ein bisschen, dass da gar nichts ankommt von dem, worüber sich ja offensichtlich Gedanken gemacht wird.“

Befragt nach den Zuständigkeiten in der Landeskirche fielen die Antworten höchst unterschiedlich aus. Zudem wurden Personen, nicht Strukturen benannt, und hierbei auch nicht immer diejenigen, die im Sinne des Arbeitsauftrages zuständig sind.

Vielfach nehmen sich Akteure aus verschiedenen Feldern der familienbezogenen Arbeit gegenseitig kaum wahr. Während der Kirchenvorstand über die Einrichtung einer Krippe oder die Öffnung der Kita bis 15 Uhr diskutiert, geht es in einer Beratungsstelle darum, wie zwei Kinder einer Alleinerziehenden, die hochschwanger ist und ein Alkoholproblem hat, versorgt werden. Weder ist dem Kirchenvorstand Ignoranz vorzuwerfen – denn er macht sich gezielt Gedanken um das Wohl der Familie – noch ist der Beratungsstelle eine Dramatisierung der Lage der Familien zu unterstellen, denn die Verantwortlichen begegnen täglich konfliktbeladenen Familien.

Beiräte, Netzwerke, Kooperationen

Was eine gemeinsame landeskirchlich übergreifende Strategie etwa für die Stärkung von Familien so schwierig macht, sind die gänzlich verschiedenen Strukturen im Arbeitsfeld. Nicht nur arbeiten verschiedene Akteure an verschiedenen Themen, auch die Arbeitsformen sind höchst unterschiedlich.

In Mitteldeutschland sind zwei Landesarbeitskreise der eaf tätig. Außerdem ist der Christliche Verein junger Menschen (CVJM) stark in der familienbezogenen Arbeit engagiert. Im Beirat für familienbezogene Arbeit sind viele der Akteure zusammengeschlossen. Die Zusammenarbeit von Landeskirche und Diakonie ist zumeist gut. Die Struktur der Kinder- und

Jugendpfarrämter ist eine besondere; sie ist aber nicht flächendeckend vorhanden.

In Hessen-Nassau hat der Landesarbeitskreis der eaf aufgrund schwieriger Rahmenbedingungen einen schweren Stand. Neben dem Fachausschuss Familie gibt es die Fachgruppe Familienbildung. Insgesamt ist die inhaltliche Arbeit der Landeskirche in sechs Zentren organisiert. Die Fach- und Profilstellen in den Kirchenkreisen arbeiten mit eigenen Schwerpunkten, zuweilen ist Familienbildung der Schwerpunkt.

In der Württembergischen Landeskirche ist die eaf eng verbunden mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Familien-Bildungsstätten (LeF). Diese wiederum ist Teil der Evangelischen Erwachsenen- und Familienbildung (eaew), zu der auch die Arbeitsstelle Familie gehört, die gemeinsam mit Gemeinden und Familienzentren die familienbezogene Arbeit weiter entwickelt.

Festzuhalten ist, dass die Beiräte und Fachausschüsse ihre Wirkung auf landeskirchlicher Ebene entfalten. Einzelne Mitglieder dieser Beiräte fungieren offenbar als Schlüsselpersonen zwischen den verschiedenen Handlungsebenen.

In allen drei Landeskirchen erfolgte zu Beginn der Arbeit eine detaillierte Analyse der strukturellen Lage und der inhaltlichen Herausforderungen. Es liegen folgende Impulspapiere vor:

- ➔ Mitteldeutschland: *Im Blickpunkt Familie*
- ➔ Hessen-Nassau: *Zur Stärkung einer familienorientierten Kirche - Impulspapier zur Arbeit mit und für Familien*
- ➔ Württemberg: *Kirchengemeinden – Orte für und mit Familien. Anregungen für den Kirchengemeinderat.*

Versäulung

Auffällig ist die starke Versäulung im Arbeitsfeld: Die Säulen der Arbeit mit Kindern, mit Jugendlichen und der Arbeit mit Eltern oder Senioren sind strikt von einander getrennt. Eine Orientierung an den Bedürfnissen von Familie als Ganzes gibt es kaum. Das zeigt sich bis hinein in die Arbeitsplatzbeschreibungen. Bei einer halben Stelle in der Jugendarbeit soll eine Mitarbeiterin im Umfang von 20 Prozent ihrer Arbeitszeit noch für Familienarbeit zuständig sein – das ist schlicht unrealistisch.

Aber es gibt auch andere Beispiele: Eine zunehmende Familienorientierung beobachten wir bei den Kinder- und Jugendpfarrämtern in Mitteldeutschland oder in der Anpassung der Arbeitsaufträge für Gemeindepädagoginnen und -pädagogen. Besonders konsequent hat der Kirchenkreis Wittenberg diesen Prozess verfolgt. Über mehrere Jahre entwickelten die Verantwortlichen gemeinsam mit den Berufsgruppen die Berufsbilder weiter. In Württemberg wird die familienbezogene Arbeit der Kirchengemeinden besonders wertgeschätzt. Seit einigen Jahren wird dort der Preis für familienfreundliche Gemeinden vom Landesbischof verliehen.

Familienbild und Familienformen

Altbischof Wolfgang Huber forderte in seiner programmatischen Rede von 2006, dass das Nachdenken über Familie eine evangelische Perspektive brauche. Darüber, wie diese evangelische Perspektive aussehen kann, wird in den drei Landeskirchen kontrovers diskutiert. Besonders um die Frage nach einem evangelischen Familienbild wird gerungen.

Auf der einen Seite wird für eine Klärung des Familienbegriffs sowie des explizit evangelischen Verständnisses von Familie plädiert. Ein stärkerer kircheninterner Diskurs zum Themenfeld Familie, Ehe und Erziehung sei nötig. Auf der anderen Seite wird gefordert, weniger über die Begrifflichkeit zu sprechen und mehr über die Herausforderungen der Familien in der täglichen Arbeit. In der Beratung spielen ein allgemeines Familienbild keine Rolle.

Als Schlüsselfrage erweist sich die Frage nach den Familienformen. Konsens scheint zu sein, dass Familie „nicht mehr nur Kernfamilie“ ist und sein kann. Wer vor allem das Modell „zwei miteinander verheiratete Eltern mit leiblichen Kindern“ als Kernfamilie im Blick habe, sei im Grunde realitätsfern. Die Feststellung, dass Familienformen heterogen sind, verneint heute niemand mehr. Gleichwohl ist festzuhalten, dass ein Großteil der Kinder unter 18 Jahren bei beiden leiblichen Eltern gemeinsam aufwächst.

Alleinerziehende

In den Diskussionen werden die Alleinerziehenden als besonders belastete Gruppe beschrieben: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gestaltung der gemeinsamen Familienzeit und die hohe Armutsgefährdung der Kinder werden als besonders problematische Bereiche genannt. Alleinerziehende sollen nicht ausgegrenzt werden, es soll deutlich sein, dass sie zusammen mit ihren Kindern ebenfalls Familie sind.

Insbesondere Familienzentren scheinen die Situation Alleinerziehender aufzugreifen, bieten Unterstützungs- und Beratungsangebote und gestalten Angebote so, dass sie spezifisch Alleinerziehende ansprechen. Die Entwicklung ist aber nach wie vor in den Anfängen. Ansatzpunkte zur Überwindung der konzeptionellen Ratlosigkeit bietet etwa die Broschüre der „Arbeitsgemeinschaft für allein erziehende Mütter und Väter“ (agae) im Diakonischen Werk der EKD „Damit das Fest zum Fest wird“ (2006): Anregungen und Ideen zum Feiern von Festen in Ein-Eltern-Familien.

Eine Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD hat 2006 das Taufverhalten Alleinerziehender untersucht. Gerade weil die Taufe ein Stück Schutz, Sicherheit und Wegbegleitung in einer sonst oft unsicheren Lage bedeutet, wird sie hoch geschätzt. Allerdings setzen viele Alleinerziehende den Wunsch nach der Taufe ihres Kindes nicht um. Gezeigt werden konnte, dass die vermeintlichen Erwartungen der Gemeinde an die Tauffamilie, bestehend aus Vater, Mutter und Kind, aber auch die eigenen Rollenerfahrungen, eine Entscheidung für

die Taufe oftmals blockieren. Es wäre zu überprüfen, ob die gängige Taufpraxis bestimmte Familien von vornherein ausgrenzt und wie dies in Zukunft vermieden werden kann.

Interessanterweise wurden die Themen Trennung und Scheidung in keinem Gespräch explizit erwähnt. „Für Familien werben heißt für gelingende Paarbeziehung werben“ formulierte es eine teilnehmende Person. Die kirchliche Verantwortung gegenüber Familien ernst nehmen hieße eben, Paare mit Kindern zu stärken und einen Beitrag dazu zu leisten, dass Eltern sich nicht trennen und alleinerziehend werden. Ob die Ehe dabei besonders im Blick sein sollte, wurde jedoch äußerst kontrovers diskutiert.

Familienphasen

Die familienbezogene Arbeit in den drei untersuchten Landeskirchen weist eine deutliche Zentrierung auf die frühe Familienphase auf. Klassischerweise sind Kinder bis zur Grundschule im Blick. Für die älteren Kinder ist dann die Jugendarbeit zuständig. Auch die Konfirmandenarbeit wird nur in seltenen Fällen als Familienarbeit begriffen. Familiengottesdienste leiden zuweilen darunter, so eine Referentin, dass sie Kindergottesdienste mit Eltern als Zuschauer seien. Familien, in denen Kinder ihre alten Eltern zu Hause versorgen, werden allenfalls erwähnt. Ähnliches gilt für die Phase mit pubertierenden Kindern. Hier gibt es allerdings Schritte zur Veränderung, z. B. befasste sich die eaf auf ihrer Jahrestagung 2011 mit dem Themenbereich Heranwachsende oder es gibt einen Elternkurs der Arbeitsgemeinschaft Evangelische Erwachsenenbildung in Bayern. Anders sieht es mit dem Einbezug von fitten Großeltern aus, z. B. mit Projekten in Kitas; dadurch ist diese Gruppe in den letzten Jahren deutlicher von den evangelischen Einrichtungen wahrgenommen worden.

Auf die Familienzentren werden große Hoffnungen gesetzt. Erklärtes Ziel vieler evangelischer Familienzentren ist die bessere Vernetzung im Stadtteil oder in der Region sowie die niedrigschwellige, generationenübergreifende Ansprache von Familien. Manche halten es für wichtig, dass ein evangelisches Familienzentrum eine geistliche Leitung hat, das Angebot solle als ein kirchliches erkennbar bleiben.

Religiöse Sozialisation

Eine unerwartete Erkenntnis aus dem Forschungsprojekt ist, dass es sehr wenige Angebote zur religiösen Sozialisation im familiären Alltag gibt. Nur vereinzelt haben wir Arbeitshilfen oder Seminare gefunden, die dies thematisieren. Selbst in Programmen vieler evangelischer Familien-Bildungsstätten haben wir (von wenigen Ausnahmen abgesehen) kaum Angebote in dieser Richtung entdecken können. Konkrete Seminare oder Kurse zu religiösen Ritualen im Familienalltag, zum Gespräch mit Kindern über religiöse Fragen oder darüber, wie Vergebungsbereitschaft in Familien gelebt werden kann, scheinen nicht auf der Agenda zu stehen.

In den Alltag von Kindertagesstätten oder Familien-Bil-

dungsstätten konnten wir aus Ressourcengründen allerdings keinen näheren Einblick nehmen. Möglich auch, dass religiöse Elemente in den Angeboten der Familien-Bildungsstätten implizit eine Rolle spielen, etwa beim Tischgebet im Rahmen eines Kochkurses. Vertreter und Vertreterinnen von Familienbildungseinrichtungen argumentieren, dass Angebote, die die religiöse Sozialisation ausdrücklich thematisieren, nicht angenommen würden. Gleichwohl gäbe es ein Interesse, das man mit einem weniger explizitem Zuschnitt der Angebote befriedigen könne. Die Frage aber bleibt: Warum gibt es kaum explizite Angebote zur religiösen Sozialisation in Familien?

Fazit

→ Das Arbeitsfeld Familie in den drei Landeskirchen ist durch zahlreiche Akteure mit unterschiedlichen Aufträgen und durch eine starke Versäulung bestimmt. Die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Älteren findet häufig ohne direkten Bezug zueinander statt. Erste Ansätze zum Aufbruch jener Säulen konnten wir beobachten.

→ Die untersuchten Landeskirchen sind sich darüber im Klaren, dass sie sich auf die Bedürfnisse der Familien in ihren sich ändernden Formen einstellen müssen. Besonders an Alleinerziehende wird gedacht. Einige Befragte beklagen unreflektierte Angebotsformen für Familien, die einseitig an der klassischen Kernfamilie ausgerichtet sind. Um die Formulierung eines evangelischen Verständnisses von Familie wird gerungen – gleichzeitig wird der Wert eines gemeinsam definierten evangelischen Familienbildes für das praktische Handeln in Frage gestellt.

→ Familienbezogene Arbeit in den untersuchten Regionen ist weitgehend auf die frühe Familienphase ausgerichtet. Diese Ausrichtung ist in Arbeitsplatzbeschreibungen, Dienststanweisungen und Berufsbildern verankert. Gezielt wird versucht, Familien generationenübergreifend in den Blick zu nehmen. Evangelische Familienzentren haben hierbei eine besondere Chance.

→ Die vielfältigen Ursachen dafür, dass Angebote zur religiösen Sozialisation in Familien selten sind, müssen weiter untersucht werden.

→ Kirche leistet an vielen Stellen weitaus mehr als nach außen – und zum Teil nach innen – sichtbar wird. Sie könnte Familien noch mehr Raum bieten, wenn es ihr gelingen würde, sich weiter zu öffnen und die eigene Praxis auf die Familienfreundlichkeit hin zu befragen.

Perspektiven

Wie könnten Familien künftig in Kirche und Diakonie weiter gestärkt werden? Einige Visionen der Befragten: Von einem EKD-Familienbüro war die Rede als erste Anlaufstelle für alle Anliegen, die dann weiter vermittelt werden. Klar benannte Familienbeauftragte in den Landeskirchen, die ausreichende Ressourcen hätten, sich dem Thema zentral zu widmen, wären ebenfalls hilfreich. Die landeskirchlichen

Beiräte seien als vernetzende Instanzen ideal. Ihre Mitglieder könnten Knotenpunkte für weitere Netzwerke auf den anderen Handlungsebenen sein.

Schließlich wird dafür plädiert, Diakonie und Gemeinde weiterhin gezielt näher zusammenzubringen. „Vielleicht“, so der Leiter eines Familienzentrums, „wäre eine tageweise Hospitation der Mitarbeitenden bei anderen evangelischen Einrichtungen im Vorfeld von Neugründungen von Familienzentren denkbar, um die gegenseitige Wahrnehmung und Wertschätzung zu stärken.“

Die differenzierten Bedürfnisse von Familien sichtbar zu machen, ist eine zentrale Aufgabe, um Familien auch künftig zu stärken. Als Evangelische Kirche sollten und können wir mit gutem Beispiel vorangehen.

Die gesamten Forschungsergebnisse werden in einer epd-Dokumentation voraussichtlich im Mai 2012 veröffentlicht.

Sabrina Johann ist Psychologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD in Hannover.

+ + + Buchhinweise + + +

Sabine Mundolf

Nachhaltigkeit in der deutschen Familienpolitik

Grundlagen – Analysen – Konzeptualisierung

Ursprünglich in der Umweltpolitik entstanden, gewinnt das Leitbild der Nachhaltigkeit seit einigen Jahren auch in der deutschen Familienpolitik kontinuierlich an Bedeutung: Einerseits werden familienpolitische Elemente als Bestandteil einer gesamtgesellschaftlichen Nachhaltigkeitsstrategie anerkannt. Auf der anderen Seite werden Neuerungen im Politikbereich – zum Beispiel bezogen auf die Akteursszene im Zusammenhang mit der Gründung der Lokalen Bündnisse für Familie, des Unternehmensprogramms Erfolgsfaktor Familie oder der Allianz für die Familie – gern mit der vermeintlichen Nachhaltigkeit der jeweiligen Maßnahme begründet.

Angesichts dieses offensichtlichen Interesses familienpolitischer Akteure an einer Verbindung der Themen „Familienpolitik“ und „Nachhaltigkeit“ ist es bemerkenswert, dass dem Postulat einer „nachhaltigen Familienpolitik“ eine nur sehr rudimentäre theoretische Konzeption zugrunde liegt. Auffällig ist zudem das heterogene Verständnis von Nachhaltigkeit der einzelnen familienpolitischen Akteure. Es existieren also weder eine allgemein anerkannte Definition des Begriffs noch ein theoretisch fundiertes, indikatorengestütztes Konzept, welches speziell auf den Politikbereich zugeschnitten ist.

Das Buch „Nachhaltigkeit in der deutschen Familienpolitik“ schließt diese Lücke und leistet durch die Erarbeitung eines familienpolitischen Nachhaltigkeitskonzepts einen praktischen Beitrag für familienpolitische Akteure.

Dafür erläutert die Autorin zunächst die grundlegenden Annahmen der Nachhaltigkeitsforschung sowie die aktuellen Entwicklungslinien der deutschen Familienpolitik. Anschließend kommt es zu einer Analyse der familienpolitischen Nachhaltigkeitsdebatte, u. a. im Hinblick auf deren Entstehungszusammenhänge und die durch sie symbolisierten Veränderungen des Politikfeldes. Anhand der Aussagen familienpolitisch relevanter Akteure erfolgt schließlich eine detaillierte Analyse, bezogen auf die Entwicklungspotenziale der Debatte unter dem Blickwinkel der Nachhaltigkeitsforschung. Es zeigt sich anhand des normativen, integrativen und partizipativen Aspekts der Nachhaltigkeitsforschung, dass diese grundlegenden Annahmen sich in der familienpolitischen Nachhaltigkeitsdebatte bisher nicht oder nur selten niederschlagen; insgesamt – so verdeutlichen eine Dokumentenanalyse sowie eine Analyse von leitfadengestützten Experteninterviews – ist das Verständnis des Begriffes „Nachhaltigkeit“ in familienpolitischen Zusammenhängen sehr heterogen.

Bezogen auf die Dimensionen von Nachhaltigkeit (sozial, ökonomisch, ökologisch) ist die Debatte zudem überwiegend ökonomisch geprägt. Was die normativen Kriterien von Nachhaltigkeit – Erhaltung essentieller Funktionen des Systems (systemare Integrität), Erhalt der Lebensqualität und intra- sowie intergenerationelle Gerechtigkeit – angeht, so zeigt sich auch hier eine ungleiche Gewichtung. Und im Blick auf den Aspekt der Partizipation werden die Entwicklungspotenziale der deutschen Familienpolitik deutlich: Die Äußerungen einiger staatlicher Akteure geben Anlass zu der Vermutung, dass die unterschiedlichen Selbstverständnisse und Arbeitsweisen von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren keine gute Grundlage für eine Zusammenarbeit bilden.

Das Buch liefert vor diesem Hintergrund einen Vorschlag für ein theoretisch fundiertes, indikatorengestütztes, familienpolitisches Nachhaltigkeitskonzept, das auf Ziel-, System- und Handlungswissen aufbaut: Die Bandbreite der aktuellen familienpolitischen Ziele wird über eine Dokumentenanalyse sowie über eine Analyse von Interviews, welche mit staatlichen und nicht-staatlichen familienpolitischen Akteuren der EU-, Bundes-, Länder- und kommunalen Ebene geführt wurden, abgebildet (sog. Zielwissen). Im anschließenden sogenannten Systemwissen stellt die Autorin im Hinblick auf diese Ziele die Ausgangslage dar und leitet literaturbasiert Kriterien und Indikatoren ab, welche zur Erreichung der jeweiligen Ziele beitragen bzw. sie messbar machen können. Das auf diese Weise entstandene Indikatorenset verdeutlicht mit Hilfe der den jeweiligen Indikatoren zugeordneten Zielwerten, in welche Richtung die Entwicklung bezogen auf die einzelnen Aspekte

gehen soll. Erläuterungen zur Datenlage sowie Umsetzungsempfehlungen für die familienpolitischen Akteure (sog. Handlungswissen) runden das Nachhaltigkeitskonzept ab.

Folgende Erkenntnisse lassen sich aus dieser wissenschaftlichen Beschäftigung mit der familienpolitischen Nachhaltigkeitsdebatte festhalten:

→ Nachhaltigkeit ist ein dominanter Aspekt im familienpolitischen Diskurs.

Bezogen auf den Untersuchungszeitraum (2002-2009) stellt sich Nachhaltigkeit als durchaus präsent Element des familienpolitischen Diskurses heraus, auch wenn einige der befragten Akteure die Verwendung des Begriffs bewusst verweigern. Teilweise äußerten sich die Interviewpartner also ablehnend, aber auch gleichzeitig – wie selbstverständlich – zustimmend zum Thema der familienpolitischen Nachhaltigkeit. Insgesamt ist eine große Heterogenität im Nachhaltigkeitsverständnis festzustellen, die sich vor allem mit Blick auf die Stellung der jeweiligen Akteure im föderalen System zeigt.

Es ist zudem davon auszugehen, dass die Nachhaltigkeitsdebatte sich im familienpolitischen Diskurs vor allem deshalb großer Beliebtheit erfreut, weil der Begriff für viele Beteiligte gleichzeitig Stabilität und Zukunftsorientierung suggeriert und damit die Funktionen von politischen Institutionen und Akteuren aufgreift. Insgesamt kann die familienpolitische Nachhaltigkeitsdebatte zudem als Anzeichen für eine Professionalisierung der bundesdeutschen Familienpolitik gewertet werden, in deren Rahmen beispielsweise erstmals eine Überprüfung der Wirksamkeit, Effizienz und Akzeptanz familienpolitischer Leistungen stattfindet. Zudem wird deutlich, dass die Unschärfe des Nachhaltigkeitsbegriffs von Vorteil sein kann: Sie ermöglicht den Akteuren selbst bei kritischer Grundeinstellung zum Thema, sich mit dem Aspekt der Nachhaltigkeit zu identifizieren.

→ Die familienpolitische Nachhaltigkeitsdebatte bleibt hinter den konzeptuellen Möglichkeiten zurück.

Unter dem Blickwinkel der Annahmen der Nachhaltigkeitsforschung zeigt das Buch allerdings Entwicklungspotenziale auf, die sich auf das Verständnis der relevanten Akteure von familienpolitischer Nachhaltigkeit beziehen. Die Studie verdeutlicht im Hinblick auf den normativen, integrativen und partizipativen Aspekt von Nachhaltigkeit systematisch, was familienpolitisch relevante Akteure unter „Nachhaltigkeit“ verstehen und inwiefern die theoretischen Annahmen sowohl in dieses Verständnis als auch in ihre Handlungsroutinen integriert sind. Anhand dieser Untersuchung bestätigt sich die Vermutung einer unterkonzeptualisierten Debatte. Das in diesem Rahmen entstandene familienpolitische Nachhaltigkeitskonzept stellt somit den Versuch dar, in Bezug hierauf

Handlungsspielräume aufzuzeigen und den relevanten Akteuren konkrete Handlungsanleitungen zu geben, wie das Politikfeld stärker im Sinne der Nachhaltigkeitsforschung ausgestaltet werden könnte. Ziel ist hierbei nicht eine Angleichung der Praxis an die Theorie, sondern vielmehr ein Aufzeigen der Möglichkeiten für die Praxis anhand der Theorie.

→ Eine theoretische Fundierung ist möglich.

Am Beispiel der Familienpolitik kann somit verdeutlicht werden, wie sich das Prinzip der Nachhaltigkeit theoretisch fundiert auf einen Politikbereich anwenden lässt und welche Herausforderungen hiermit verbunden sein können. Die politikwissenschaftliche Relevanz ergibt sich somit aus einer Erkenntnis, welche in der Nachhaltigkeitsforschung längst ein Allgemeinplatz ist: Nachhaltigkeit muss kein Modewort sein, sondern kann unter Zurückgreifen auf eine theoretische Basis inhaltlich fundiert werden. Ebenso zeigt die im Rahmen dieser Studie vollzogene Anwendung der Annahmen der Nachhaltigkeitsforschung auf ein Politikfeld nicht nur die inhaltlichen Ähnlichkeiten zwischen Nachhaltigkeits- und Policyforschung, sondern auch die Potenziale einer Verbindung beider Disziplinen auf. Dies gilt besonders bezogen auf die Interaktion von Subjektivem und Objektivem, von Theorie und Praxis.

→ Die Umsetzung ist mit Herausforderungen verbunden.

Allerdings werden für die Übertragung dieser auf theoretischer Basis erlangten Erkenntnisse in die Praxis einige hemmende Faktoren identifiziert. Diese beziehen sich vor allem auf die von den befragten Akteuren geäußerten Hindernisse für eine – subjektiv empfunden – qualitativ hochwertige Kooperation mit anderen Akteuren.

Aber auch die identifizierten inhaltlich-strukturellen sowie organisatorisch-finanziellen Herausforderungen lassen die Umsetzung des vorgeschlagenen familienpolitischen Nachhaltigkeitskonzepts schwierig erscheinen. Hier ist vor allem von Bedeutung, dass die von den identifizierten Herausforderungen und den daraus abgeleiteten Empfehlungen am stärksten betroffenen Akteure ihre jeweiligen Handlungsrouninen umfassend verändern müssten, um die Wahrscheinlichkeit einer tatsächlichen praxisorientierten Anwendung des Nachhaltigkeitskonzepts zu erhöhen. Da es sich dabei vor allem um die politisch-administrativen Entscheidungsträger handelt, ist fraglich, inwiefern diese ein Interesse an solchen Veränderungen haben.

Regina Ahrens, Nachhaltigkeit in der deutschen Familienpolitik, Grundlagen – Analysen – Konzeptualisierung, Reihe: Familie und Familienwissenschaft, Springer Verlag, 2012, 280 Seiten, 39,95 Euro, ISBN 978-3-531-18747-1

Biographiemuster und Alterseinkommensperspektiven von Frauen

Das Grundgesetz verlangt in Artikel 3 „die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern“ und „die Beseitigung bestehender Nachteile“. Hierfür will sich das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) auf der Grundlage der Studie „Biographiemuster und Alterseinkommen von Frauen“, die 2011 veröffentlicht wurde, einsetzen und die Gleichstellungspolitik verbessern sowie zielgenaue Maßnahmen zur Verminderung von Nachteilen bei der Alterssicherung entwickeln.

In ihrem Vorwort zur Studie zitiert Familienministerin Schröder einen Veranstaltungstitel aus den 90er Jahren, der trefflich die oft problematische Lebenslage älterer Frauen beschreibt, die im Alter nicht mehr erwerbstätig sind und Kinder aufgezogen haben: „Frauen leben länger, aber wovon?“

Die unerfreuliche Bilanz bei dem Blick auf die schlechte Alterssicherung einer Vielzahl von Frauen ist eng verknüpft mit den Mustern der Erwerbsbiographien von Frauen:

Die Untersuchung legt dar, wie solche Muster des Erwerbsaus- und Wiedereinstiegs von Frauen, die Kinder erziehen oder (alte) Menschen pflegen, typischerweise aussehen und welcher Zusammenhang zwischen den familienbedingten Nichterwerbsphasen und den eigenen – oft unzureichenden – Alterssicherungsansprüchen besteht. Sie zeigt auf, in welchen Bereichen dringender Handlungsbedarf besteht und greift damit auch die Kritik der Europäischen Kommission auf, die hier Änderungsbedarf sieht.

Zu diesem Zweck nimmt die Untersuchung im Auftrag der Deutschen Rentenversicherung Bund sowie des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (Nicht-)Erwerbsverläufe von Frauen in den Blick. Auf der Grundlage der Untersuchungsdaten zur „Altersvorsorge in Deutschland 2005“ und der TNS Infratest Sozialforschung zeigt sie die Verbreitungsformen und -strukturen der familienbedingten Nichterwerbsphasen von Frauen (Jahrgänge 1942 bis 1961) zwischen dem 15. und 65. Lebensjahr auf.

Typische Muster des Erwerbsaus- und Wiedereinstiegs von Frauen, die Kindererziehungs- und / oder Pflegephasen wahrgenommen haben, werden beschrieben und genau untersucht, wie familienbedingte Phasen des Nichterwerbs sich auf die eigenen Alterssicherungsansprüche auswirken.

Es ist nicht allein die Entscheidung zum Kind, die zur Altersarmut führt, sondern das Zusammenspiel mehrerer Bedingungen, die sich auf die Alterseinkünfte problematisch auswirken. Die Faktoren, die in ihrer Akkumulation im biographischen Verlauf von Frauen dazu führen, dass diese einen höheren „Preis“ als die Männer dafür zahlen, wenn sie Familien gründen und gestalten, werden differenziert analysiert und

hierbei die Übergänge und Dynamiken in den Erwerbsbiographien von Frauen und Männern untersucht.

Deutlich zeigt sich dabei, dass besonders die familienbedingten Erwerbsunterbrechungen der Frauen zu Geschlechterungleichheiten beitragen – neben dem geringeren Arbeitsvolumen, den niedrigeren Löhnen und den Mini-Jobs, die nicht sozialversicherungspflichtig sind – Komponenten, die gerade Frauen-Erwerbstätigkeit kennzeichnen.

Frauen hatten im Jahr 2007 ab 65 Jahren durchschnittlich nur ein persönliches Nettoeinkommen von 959 Euro zur Verfügung, bei Männern hingegen war es mit 1.598 Euro deutlich höher (im Westen sogar 1.693 €, im Osten nur 1.187 €).

Alle vorgenannten Faktoren summieren sich zum sog. „gender pension gap“, dem Verhältnis der durchschnittlichen Alterssicherungsansprüche der Frauen gegenüber denen der Männern.

Die Untersuchung will folgende Fragen beantworten:

- Wie und unter welchen Bedingungen erfolgen familienbedingte Nichterwerbsphasen?
- Gibt es unterschiedliche Biographiemuster des Ein- und (Nicht-)Ausstiegs aus familienbedingten Nichterwerbsphasen, die bestimmte Typen bilden?
- Welche Folgen haben diese für die (eigenständige) Alterssicherung der Frau?
- Welche Rolle spielen weitere Merkmale der Frauen und ihrer Partner (wie Alter, Familienstand, Kinderzahl, berufliches Qualifikationsniveau, Erwerbsvolumen)?

Hieraus können Hinweise gewonnen werden, welche Risikofaktoren einerseits und welche Erfolgsfaktoren von Frauenerwerbsverläufen es andererseits gibt, so dass passgenaue Maßnahmen an den entsprechenden „neuralgischen“ Punkten entwickelt werden können.

Im Folgenden eine Auswahl der interessanten Ergebnisse:

- Im Westen setzen Frauen insgesamt durchschnittlich 9,1 Jahre mit der Erwerbstätigkeit aus, im Osten sind es nur 2,8 Jahre.
- Während ca. 90 % dieser Zeit auf Kindererziehung entfällt, beziehen sich 14 % im Westen auf Pflegezeiten, im Osten 10 %. Kindererziehungs- und Pflegezeiten nehmen allerdings im Westen ab, im Osten bleiben sie konstant; dafür spielen dort Zeiten von Arbeitslosigkeit dort eine größere Rolle.
- Zeiten des Nichterwerbs wegen Familienaufgaben sind nach wie vor Frauensache, bei Männern kommen diese in nur unerheblichem Umfang vor.
- Für die jüngste Kohorte – Jahrgänge 1957 bis 1961 – betragen in dem betrachteten 50-Jahres-Zeitraum die Erwerbszeiten bei den Frauen 32 Jahre, dies sind im Vergleich zu den Männern nur vier Erwerbsjahre weniger.
- Die erste Phase mit Kindererziehung dauert bei Frauen im Westen durchschnittlich 4,7 Jahre (mit sinkender Tendenz), im Osten nur 1,2 Jahre (mit steigender Tendenz) – die Zeiten gleichen sich langsam an.
- Die erste Erwerbsunterbrechung wegen Kindererziehung dauert im Westen bei der Hälfte der Frauen weniger als ein Jahr, im Osten sind es sogar drei Viertel der Frauen, die kürzer als ein Jahr unterbrechen.
- 21 % der Frauen im Westen haben lange Erwerbsunterbrechungen von 10 und mehr Jahren, im Osten hingegen sind es nur 2 %.
- Im Westen steigt nach der ersten Phase der Erwerbsunterbrechungen der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen.
- Vollzeit steigen im Westen 13 % der Frauen wieder ein; 9 % arbeiten geringfügig. Im Osten hingegen arbeiten 53 % Vollzeit.
- Der Anteil der Frauen, die lange Zeit erziehungsbedingt aussetzen, nimmt deutlich im Westen ab. Bei der Rückkehr in die Erwerbstätigkeit ist der Vollzeit-Einstieg leicht rückläufig; Teilzeit und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse nehmen zu. Insbesondere der Arbeitsmarkt in den neuen Ländern hat Einfluss darauf, dass sich im Osten der Anteil der Vollzeitbeschäftigten beim Wiedereinstieg verringert.
- Während Frauen, die vollzeitlich (wieder) einsteigen, im Westen wie im Osten auf insgesamt etwa 32 Jahre Vollzeiterwerb kommen, sind es bei Teilzeit-(Wieder)erwerbseinsteigerinnen nur ca. 14 Jahre im Westen und 17 Jahre im Osten.
- Frauen mit Kindern erreichen im weiteren Biographieverlauf nie mehr das Einkommensniveau, das sie vor der Geburt des ersten Kindes hatten.
- Verheiratete Frauen, die lange Zeit Kinder erziehen ohne erwerbstätig zu sein, erreichen nur zwei Drittel des Alterseinkommens aller Frauen mit kürzeren Kindererziehungsphasen und sind eine Problemgruppe bei der Alterssicherung (Pflegetätigkeiten setzen in der Regel zu einem späteren biographischen Zeitpunkt ein und haben daher nicht eine derart nachhaltige Wirkung).

Fazit

Aus diesen und weiteren Ergebnissen zu Einzelheiten zieht die Studie insbesondere folgende Schlussfolgerungen:

Neben der bekannten Tatsache, dass die Frauenerwerbsbiographien deutlich anders und insbesondere für die Altersversorgung nachteiliger verlaufen als die der Männer, wird deutlich:

Nicht die Erwerbsunterbrechungen als solche stellen das eigentliche Problem dar, sondern das was nach den Unterbrechungen in der weiteren Biographie erfolgt. Beste Perspektiven für das Alterseinkommen haben die Frauen, die (wieder) voll in das Erwerbsleben eingestiegen sind. Dieses nicht

überraschende Ergebnis weist allerdings nur ein Fünftel der untersuchten Frauen auf. Hier sieht die Studie Mobilisierungsbedarf.

Prägend für die vorherrschenden Lebensverläufe und -muster sind tradierte Rollenvorstellungen, Einstellungen und soziale Normen, wie die Aufgabenverteilung in der Familie auszusehen hat – diese „Einstellungsmuster“ sind meist schwerer zu überwinden als die objektiven Gegebenheiten, wie z.B. Lücken in der Infrastruktur. Dies korrespondierte im Westen mit dem lange prägenden „Familienernährermodell“, später dann mit dem „Zuverdienermodell“ und der unzureichend ausgebauten Kinderbetreuung; während im Osten die hohe Frauenerwerbstätigkeit ein maßgebliches Ziel und die Norm in der DDR war, verbunden mit einem flächendeckenden System der Kinderbetreuung.

Der statistisch deutliche Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung beruht ganz überwiegend auf der Zunahme der Teilzeittätigkeit von Frauen. Auch wenn höhere Erwerbsquoten im Hinblick auf die eigenständige Alterssicherung grundsätzlich positiv zu werten sind, so handelt es sich doch überwiegend um niedrig qualifizierte und gering entlohnte Tätigkeiten. Zudem verbindet sich damit auch die Erwartungshaltung an die Teilzeit arbeitende Frau, die Familienaufgaben weitestgehend allein wahrzunehmen.

Hier weist die Studie darauf hin, dass es wichtig ist, qualitativ hochwertige Teilzeit-Tätigkeiten zu fördern, die bessere materielle Teilhabe und Möglichkeiten zur Entwicklung bieten. Denn verfestigen sich die Zuverdienermodelle weiterhin (auch zunehmend im Osten), dann läuft dies einer eigenständigen sozialen Absicherung gerade entgegen.

Eine echte Wahlfreiheit ergibt sich nur, wenn hochwertige Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse gleichermaßen für Männer und Frauen interessant sind, mit zuverlässigen Optionen für (annähernde) Vollzeit und der Möglichkeit, die Arbeitszeiten über den gesamten Erwerbsverlauf zu verteilen mit kontinuierlichem Sozialversicherungsschutz.

Problematisch ist der Wiedereinstieg in geringfügige Beschäftigung, da dies langfristig in eine biographische Sackgasse mündet. Hier fordert die Studie zur Eindämmung auf: Anreize für geringfügige Beschäftigung sollten systematisch abgebaut werden. Erfreulicherweise ist als Entwicklung zu verzeichnen, dass die Popularität des Ernährermodells zugunsten von (Wieder-)Einstieg in Teilzeit oder in geringfügige Beschäftigung abnimmt. Frauen zeigen steigende Ansprüche in Bezug auf Selbstständigkeit und Einkommensperspektiven.

Das „Ernährermodell“ im Westen entspricht (laut Sachverständigenrat zum Gleichstellungsbericht 2011) oft nicht den tatsächlichen Präferenzen der betreffenden Frauen und Männer, ihre Entscheidung beruht oft nicht auf Wahlfreiheit. Auch wird sie in der Tragweite meist nicht hinreichend wahrgenommen und ist dann leider oft irreversibel im Blick auf die Folgen gerade für Frauen. Hier ist die Frage wichtig, wie Entscheidungen, die im Lebens- und Partnerschaftskontext eines Paares in einer bestimmten Lebensphase getroffen werden, tatsächlich – entsprechend ihrer langfristigen Wirkung – auch in gemeinsamer Verantwortung langfristig getragen werden. Lange Erziehungszeiten ohne Erwerbstätigkeit begründen keine eigenständige Existenzsicherung im Alter, Hinterbliebenenrenten sind keine ausreichende Kompensation.

Ein Rentensplitting könnte dem Anspruch geteilter Verantwortung entsprechen, die aus gemeinsam getroffenen Entscheidungen im Zusammenhang mit Partnerschaft und Kindererziehung entstanden ist: Frauen mit langen Kindererziehungszeiten könnten eigene Ansprüche für die Alterssicherung erwerben und ökonomisch unabhängiger werden. Als weitere Unterstützung spricht die Studie von institutionellen Hilfen beim Wiedereinstieg für „Langzeiterziehende“, um die berufliche Rückkehr zu fördern.

Ein Fazit der Untersuchung ist, dass ein modernes geschlechterpolitisches Leitbild einerseits egalitäre familiäre Erwerbsmuster normativ unterstützen könnte und andererseits durch Regulierung und Anreize bei der Frauenerwerbstätigkeit entsprechende Handlungsmöglichkeiten geschaffen werden könnten, die eine echte Wahlfreiheit im Lebensverlauf begünstigen.

Und genau hier wird es spannend – wir warten auf Neuerungen....

Sabine Mundolf

Quelle: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/AVID-Studie-Biografiemuster,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>